

»Keiner kommt an unserer Bewegung vorbei«

Im Saarland ringt ver.di um mehr Personal in den Kliniken. Nun will die Gewerkschaft weitere Häuser in der ganzen BRD in den Kampf führen. **Gespräch mit Michael Quetting**

Seit Beginn des Jahres kämpft Ihre Gewerkschaft im Saarland für mehr Personal in den Kliniken. Sie haben alle 21 Häuser des Bundeslandes zu Verhandlungen aufgerufen, um in Tarifverträgen entsprechende Regelungen zu finden. Am 27. März wurde dafür bereits gestreikt, die Belegschaften von zwölf Einrichtungen beteiligten sich.

Wo stehen Sie jetzt?

Mit der Uniklinik des Saarlands gibt es schon sehr konkrete Vereinbarungen, worüber wir verhandeln wollen. Anfang Mai geht es dort los. Wir haben außerdem erreicht, dass die Caritas-Klinik in Saar-

brücken mit uns sprechen will, ebenso die Marienhaus-Klinikgruppe. Gesprächsbereitschaft hat auch das Deutsche Rote Kreuz Südwest signalisiert. Es ist schon interessant, dass die katholischen Häuser überhaupt bereit sind, mit uns zu sprechen. Die kommunalen Häuser stellen sich hingegen quer.

Insgesamt sind wir nun an einem Punkt, an dem wir innehalten und zurückblicken wollen, um dann zu entscheiden, wie es weitergeht. Am 12. Mai werden wir uns dazu mit den Teamdelegierten der Belegschaften treffen. Wir haben ein Papier mit 20 Thesen vorgelegt. Denen könnte man folgende Überschrift geben: »Jetzt kämpfen wir bundesweit.«

Führen Sie doch bitte aus, warum Ihre Anstrengungen überhaupt notwendig sind.

Die Personalsituation in den saarländischen Krankenhäusern ist katastrophal. In den Häusern fehlen nach unseren Berechnungen 3.350 Stellen, davon zwischen 1.500 und 2.000 in der Pflege. Nachts sind die Kolleginnen oft allein auf Station, müssen dann 40 Patienten ohne Unterstützung versorgen. Da laufen sie dann den klingelnden Patienten hinterher. Die Kolleginnen kommen noch nicht mal dazu, sich korrekt die Hände zu desinfizieren. Denn die Zeit dazu fehlt. Das korrekte Desinfizieren dauert 30 Sekunden, es müsste vor und nach jedem Patientenkontakt geschehen. Alles in allem wäre eine Kollegin während einer Schicht rund zwei Stunden damit beschäftigt.

Sie sagten eingangs, dass nun überlegt würde, den Kampf bundesweit zu führen. Bedeutet das, dass Sie im Saarland nicht weiterkommen?

Wir sind weiter gekommen, als das viele überhaupt für möglich gehalten hätten.

Die Landesregierung hat bereits eine Absichtserklärung abgegeben, in den neuen Krankenhausplan Zahlen zur Personalbesetzung hineinzuschreiben. Vor allem haben wir aber eine Bewegung auf die Beine gestellt, an der keiner mehr vorbei kann. Noch vor wenigen Wochen, im saarländischen Wahlkampf, mussten sich alle Parteien zum Thema Pflege äußern.

Richtig ist aber auch, dass wir derzeit in drei Kliniken stark genug sind, um einen unbefristeten Streik durchzuführen. Sieben weitere Häuser wären in der Lage, einen einwöchigen Streik durchzuhalten. Wir sind aber noch nicht soweit, die Mehrheit der Kliniken bestreiken zu können.

Könnten Sie nicht in den gut organisierten Häusern Regelungen erreichen, die zumindest dort Abhilfe schaffen?

In den drei erwähnten Häusern könnten wir durch Streiks Ergebnisse erreichen, die vielleicht noch besser wären als jenes, das die Belegschaft der Berliner Uniklinik Charité erreicht hat. Das trauen wir uns schon zu. Nur: Für die Charité stand das Land Berlin gerade. Für unsere Häuser würde das Saarland nicht einspringen, und ohne eine Refinanzierung der gestiegenen Personalkosten würden sie vor die Hunde gehen. Denn diese Häuser sind zusammen mit den restlichen Kliniken Teil eines »Marktes« – und sie stehen sich alle als Konkurrenten gegenüber. Deshalb brauchen wir eine Lösung für die Mehrheit der Einrichtungen. Und man muss noch etwas sehen: Im Saarland befindet sich ein Prozent aller Kliniken der Bundesrepublik. Wir werden das Problem hier nicht insgesamt lösen können, das geht nur durch Regelungen auf Bundesebene.

Ist ver.di dazu bereit, eine so umfassende Auseinandersetzung zu beginnen?

Im April ist dazu ein Entschluss gefasst worden. Wir werden den Kampf auf drei Ebenen führen: auf der betrieblichen, der tariflichen und der politischen. Im ganzen Bundesgebiet sollen 20 Kliniken für einen Entlastungstarifvertrag ringen. Das bedeutet auch, ihn im Zweifel zu erstreiken. Weitere 80 Häuser sollen auf betrieblicher Ebene unterstützend wirken, indem die Belegschaften jeden freiwilligen Verzicht – etwa auf Pausen – beenden. Das wird einigen Druck schaffen.

Interview: Johannes Supe



Michael Quetting ist ver.di-Sekretär im Fachbereich Gesundheit im Saarland